

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Finanzminister Péret zurückgetreten.

Briands fünfter Finanzminister.

Paris, 15. Juni. (WZB.) Finanzminister Péret ist zurückgetreten.

Paris, 15. Juni. (WZB.) Finanzminister Péret erklärte nach dem Kabinettsrat, daß angesichts der Hausse der ausländischen Devisen und des Ausbleibens der tatkräftigen Unterstützung, auf die die Regierung gerechnet habe, es ihm nicht mehr möglich sei, seinen Posten wirksam auszufüllen. Andererseits halte er es für notwendig, eine parlamentarische und politische Umbildung entsprechend den Wünschen der öffentlichen Meinung möglich zu machen, da die Devisenkrise angesichts der gemeinsamen Gefahr eine gemeinsame Anstrengung fordere. Aus diesen Gründen trete er zurück.

Mit dem Rücktritt Pérets ist Frankreich innerhalb eines Jahres nun glücklich seinen fünften Finanzminister los. Die Reihenfolge war: Caillaux, Painlevé, Loucheur, Doumer und Péret. Jeder kam mit neuen Vorschlägen, keiner vermochte die Verschlechterung des Frankens aufzuhalten, jeder wurde, zum Teil nach sehr kurzer Zeit, durch den Ernüchterungsturm der öffentlichen Meinung weggefegt. Das Versagen der einzelnen Finanzminister ist vor allem darauf zurückzuführen, daß keiner den Mut hatte, dem Lande die volle Wahrheit zu sagen, nämlich, daß der Frankensurz unaufhaltsam sein wird, so lange das französische Volk keine Steuern zahlt.

Was an direkten Steuern in Frankreich aufgebracht wird, ist lächerlich gering, besonders gemessen an Deutschland und England. Man schont bewußt die Besitzenden, man hat

Angst vor den Bauern, und man wagt infolgedessen auch nicht, von der Arbeiterschaft eine Lohnsteuer abzuheben. Dafür versucht man, die breiten Massen mit indirekten Steuern zu belasten. Aber alle diese Abgaben vermögen nicht das Gleichgewicht des Budgets wieder herzustellen, weil alle Berechnungen nach kurzer Zeit durch die Verschlechterung der Valuta über den Haufen geworfen werden. Andererseits ist ein einflußreicher Teil der französischen Wirtschaft, — ebenso kurzfristig wie einst bei uns Stinnes und Genossen — an der Inflationswirtschaft interessiert: das sind die großen Industriellen und Exporteure, die die Scheinkonjunktur der Inflation, ohne Rücksicht auf den unermesslichen Schaden der Goldbilanzen nach erfolgter Stabilisierung, ausnützen wollen.

Briand, der vor allem ein Taktiker und kein Tatmensch ist, und der überdies bei aller hervorragenden Intelligenz auf allen Gebieten der Politik von Finanz und Wirtschaft wenig versteht, hat sich der Finanzkrise offenkundig nicht gewachsen gezeigt. Er begnügte sich damit, seinem jeweiligen Finanzminister freie Hand zu lassen, ihn vor der Kammer durch Stellung der Vertrauensfrage zu decken, und ihn, wenn es nicht mehr weiterging, hinauszukomplimentieren. Es ist aber keineswegs sicher, daß ihm diese Taktik diesmal wieder gelingen wird, und es ist durchaus möglich, daß diese neue Finanzministerkrise eine Gesamtkrise der Regierung Briand zur Folge hat.

An der heutigen Berliner Börse notierte das englische Pfund gegenüber dem französischen Franken 175 (gestern 173½).

Wie es war.

Und wie die anderen es gewünscht hätten.

Die große Bewegung, die die machtvolle Demonstration der sozialdemokratischen Partei Berlins gegen die Fürstenerfordernisse hervorgerufen hat, findet ihren Widerhall in der Presse von heute morgen. Gegenüber der Wucht und der Größe dieser Demonstration gibt es kein Kopf-in-den-Sand-Stücken und Bertuschen. Das Volk wurde aufgerufen, und das Volk marschierte, es marschierte mit uns gegen die Fürsten. Verbissen schweigt die Fürstenpresse gegenüber der Stimme des Volkes.

So war es, und wer aus verbissenem engstirnigem Fanatismus die Größe der gewaltigen Kundgebung trotzdem noch verkleinern möchte, der mag sich die Stimmen der bürgerlichen Presse ansehen, aus denen der Respekt vor dem eindringlichen Massenaufmarsch hervorleuchtet.

So berichtet die bürgerliche Presse, wie es war:

„Bosliche Zeitung“:

„Die Sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern abend gemeinsam mit den freien Gewerkschaften und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Kundgebung für die Fürstenernteigung im Lustgarten. Der gestrige Aufmarsch dürfte der größte seit jener demütigenden Kundgebung nach dem Rathenau-Mord im Lustgarten gewesen sein. Als der weite Platz vom Alten Museum bis zum Schloß, vom Spreuer bis zum Dom vollständig überfüllt war, stauten sich die Massen in den Anmarschstraßen, so daß es in der Nähe des Schlosses kaum noch möglich war, den Verkehr aufrechtzuerhalten. Erst gegen 1/8 Uhr war der Aufmarsch beendet.“

„Morgenpost“:

„Die Zahl der Teilnehmer überstieg die Kundgebungen der Rechtsradikalen und der Kommunisten am Sonntag um ein Vielfaches. Der Lustgarten war dicht gefüllt.“

„Berliner Tageblatt“:

„Zu einer außerordentlich machtvollen Kundgebung gestalteten sich gestern abend die Demonstrationen des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Fürstenernteigung im Lustgarten. Zwischen 6 und 7 Uhr abends marschierten aus allen Stadtteilen in endlosen Kolonnen unter Vorantritt der Reichsbannerkapellen die Teilnehmer nach dem Innern der Stadt. In den einzelnen Straßen, die von den Zügen passiert wurden, begrüßte eine dichtgedrängte Menschenmenge die Demonstranten. In diesen Häusern waren zum Zeichen der Kundgebung beim Vorbeimarsch der Massen schwarzrotgoldene Fahnen angebracht.“

Bereits um 6 Uhr, eine Stunde vor dem eigentlichen Beginn, hatten sich im Lustgarten riesige Menschenmengen angesammelt. Unter der Menge, die nach der Freitreppe drängten, war viel bürgerliches Publikum. Als die ersten Marschmelodien aus der Ferne erklangen, als man die ersten roten und schwarzrotgoldenen Fahnen flatternd in der Luft überall Begeisterung und Hingabe, überall Einmütigkeit, und das eine Ziel vor Augen: keinen Pfennig den Fürsten! Hunderttausende von Menschen im Lustgarten gaben gestern den Monarchisten, die sich am Sonntag so grenzenlos blamiert hatten, die richtige Antwort. Es war ein großer Tag in der Geschichte der Republik, es war ein Kampftag.“

„Berliner Volks-Zeitung“:

„Die Kundgebung, die gestern abend von der Sozialdemokratischen Partei für den Volksentscheid veranstaltet wurde, war eine der imposantesten, die Berlin in den letzten Jahren gesehen hat. Die Zugangsstraßen zum Lustgarten waren schwarz von Menschen, dichtgedrängt standen sie; dieser große, weite Platz war überfüllt von Demonstranten, Tausende von roten und schwarzrotgoldenen Fahnen flatterten in der Luft. Ueberall Begeisterung und Hingabe, überall Einmütigkeit, und das eine Ziel vor Augen: keinen Pfennig den Fürsten! Hunderttausende von Menschen im Lustgarten gaben gestern den Monarchisten, die sich am Sonntag so grenzenlos blamiert hatten, die richtige Antwort. Es war ein großer Tag in der Geschichte der Republik, es war ein Kampftag.“

So war es, und das es so war, ist hart für jene, die es anders gewünscht haben. Hart für die Agenten der Fürsten und ihre Presse, hart für die Kommunisten, die niemals eine große Volksbewegung verstanden haben und sie niemals verstehen werden. Die Fürstenernteigung und ihre Presse haben dabei eines vor den Kommunisten voraus: sie sehen die Tatsachen und vermeiden es, das Gelächter der ganzen Reichshauptstadt hervorzurufen durch eine Darstellung, die jeder Berliner mit Hohnlachen als Phantastiegeburt befängener fanatischer Köpfe erkennt. Es ist von je das Vorrecht des extremen Radikalismus, die Dinge nicht so zu sehen, wie sie sind, sondern wie er sie gewünscht hätte.

Die „Deutsche Zeitung“ phantasiert davon, daß am Sonntag mehr Schwarzweißrote demonstriert hätten als Gegner der Fürstenerfordernisse am Montag, genau gezählt 3000 mehr. Nun, wer dabei war, wird kopfschüttelnd lächeln. Aber die „Rote Fahne“! Sie hätte gewünscht, daß

Die dümmsten Lügen.

Gerade gut genug für die Fürstenernte.

Der „Lokal-Anzeiger“ hat sich dazu entschlossen, die Propaganda gegen den Volksentscheid für die Fürstenernte abzunehmen. Er spekuliert dabei auf das kurze Gedächtnis seiner Leser. Da die Erfahrungen mit dem Volksbegehren ihm gezeigt haben, daß die betrogenen Inflationsopfer in Massenflucht gegen die Fürstenernte Stellung genommen haben, sucht er ihnen jetzt vorzureden, daß die Sozialdemokratie schuld sei. Zu diesem Zweck frischt er die folgende Blöde, längst widerlegte Lüge auf:

Man hofft, daß vergessen sei, wie der Reichszugler Dr. Cuno in dem Augenblick gestürzt wurde, als er durch Helfferichs geniales Rentenmarkprojekt dem Elend der Inflationszeit ein Ende machen wollte, und daß der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Hilferding es war, der diesen Rettungsplan ablehnte und das deutsche Volk dadurch in die aller schlimmsten Inflationswirren erst hineinführte.“

Es braucht kein Wort über den Schwindel verloren zu werden, daß Cuno sich mit der Absicht getragen habe, der Inflation ein Ende zu machen, derselbe Cuno, auf dem die volle Verantwortung für den ungeheuerlichen Inflationschwandel während des Kampfes lastet! Was aber die Stellung Hilferdings gegenüber Helfferichs Projekt angeht, so steht längst fest, daß Helfferichs Projekt, das auf der Roggenwährung aufgebaut war, unbrauchbar war, einmal, weil es nicht zu einer Stabilisierung führte, dann, weil es die Souveränität des Reiches den großkapitalistischen Spitzenverbänden ausliefern wollte. Das Rentenmarkprojekt aber, das dem Reichsrat vorgelegt wurde, und von dem die Stabilisierung der deutschen Währung ihren Ausgang nahm, trägt die Unterschrift des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding.

Hat der „Lokal-Anzeiger“ nur die ältesten und dümmsten Lügen zur Verfügung, wenn er die Fürstenernte verteidigen will? Warum redet er nicht ein wenig von den Fürstenernte selber und deren habgierigen Ansprüchen?

Loebells Bettler.

„Im Auftrage Loebells und des Reichspräsidenten“?

Wir haben heute früh von dem Bettelgang des früheren Oberleutnants v. Falkenhahn Mitteilung gemacht, der im Auftrage Loebells bei Geschäftsleuten für den Wahlends der Fürstenernte geht.

Gleichzeitig ist das „Berliner Tagesblatt“ in der Lage, von ähnlichen Besuchen durch frühere Offiziere in Provinzstädten zu berichten, nur mit dem kleinen Unterschied, daß dort der gedruckten Karte „Staatsminister v. Loebell bittet, Herrn . . . empfangen zu wollen“ noch mündlich hinzugefügt wird, daß das Betteln „im Auftrage des Herrn v. Loebell und des Reichspräsidenten“ erfolgte.

Ist dem Bureau des Reichspräsidenten auch von diesem Mißbrauch des Namens Hindenburg nichts bekannt geworden?

Popolo d'Italia gegen Genfals Völkerbundsit

Wegen der Zwischenfälle bei der Matteotti-Feier.

Rom, 15. Juni. (WZB.) „Popolo d'Italia“ veröffentlicht heute einen Artikel zu den antifaschistischen Kundgebungen gegen Italien in Genf. Das Blatt fragt, ob heute noch Genf den Vertretern der verschiedenen Staaten beim Völkerbund die notwendige Gewähr dafür bietet, daß sich die Unterhandlungen

im Völkerbund in einem Milieu der Zurückhaltung und Objektivität vollziehen könnten. Es sei unmöglich, daß ein Minister als Gast in einer Stadt weile, in der öffentliche Kundgebungen gegen sein Land, gegen dessen Regierungschef und König geduldet würden. Für Italien, sagt „Popolo d'Italia“, sei die Lage um so heftiger, weil gelegentlich der Völkerbundssitzungen gewisse politische Kundgebungen in Genf stattfänden, um die italienische Regierung und ihr System vor der gesamten Welt anzuklagen. Endlich macht „Popolo d'Italia“ darauf aufmerksam, daß Bestrebungen beständen, den Sitz des Völkerbundes von Genf nach Wien zu verlegen, wo man in den ehemaligen kaiserlichen Palästen Platz genug für sämtliche Bedürfnisse des Völkerbundes haben würde.

Die Zwischenfälle bei der Matteotti-Gedenkfeier sind durch faschistische Beamte des Internationalen Arbeitsamtes provoziert worden, die unter Führung des italienischen Vizekonsuls de Vinti in die öffentliche Versammlung gekommen waren, offenkundig in der Absicht, sie zu stören. Anscheinend war von Rom der Befehl gekommen, eine Wiederholung der wichtigen Protestdemonstration, die im März während der Tagung des Völkerbundes gegen den Faschismus veranstaltet worden war, um jeden Preis zu verhindern. Das ist den Faschisten gründlich vorbeigelungen und daher die Wut.



„Gebt ihm nichts! Er füttert damit nur seinen Affen!“

unser Kundgebung ein katastrophaler Verfall gewesen wäre — um den Preis der Schwächung der Sache des Volkes — damit sie triumphierend hätte versichern können: Ich, wir Kommunisten, wir sind das Volk, uns sind die Massen am Sonntag gefolgt. Aber so war es nicht — es war alles ganz anders. In entlosten Kolonnen kamen sie marschierend, gefüllt der Lustgärten, Demonstrationstimmung, Kampfstimmung in ganz Berlin! Aber die Kommunisten, die so laut und schnell nach den Massen rufen, sind blind, wenn die Massen wirklich marschieren. So hält sich die „Rote Fahne“ fest beide Fäuste vor die Augen und versichert:

„Es war gewiß eine Massendemonstration, die gestern im Lustgarten zu sehen war. War es aber das ganze wertvolle Berlin? Die Sozialdemokraten, die der SPD. bestimmt gut gefimmt ist, beziffert die Teilnehmerzahl mit 50 000—60 000. Das ist „das ganze wertvolle Berlin“ nicht. Die SPD-Demonstration, trotzdem sie einmal in anderthalb Jahren stattgefunden hat, stand hinter unserer Maidemonstration und besonders hinter unserem ersten Aufmarsch gegen die Fürstenträuber weit zurück.“

Ja, so hätten es die Kommunisten gewünscht, daß die Kundgebung vom Montag weit hinter der Kommunistendemonstration vom Sonntag zurückgeblieben wäre. Es war aber anders, und so versichert die „Rote Fahne“ gleich darauf, nicht auf die Zahl käme es an, sondern darauf, gegen wen die Demonstranten marschiert wären. Und die seien beiseite nicht etwa marschiert, dem Rufe der Sozialdemokratie folgend, gegen die Forderungen der Fürsten, gegen die monarchistische Reaktion, sondern — gegen die Sozialdemokratie. So schreibt die „Rote Fahne“:

„Ihre Kampfanfrage traf die illegale und legale Konterrevolution. Und damit trifft ihr Kampf nicht minder die Wets und Stämpfer, die Juhälter und Schützer der Hindenburg-Marg. Der Aufmarsch der 60 000 war ein Aufmarsch gegen die Verratspolitik der Stämpfer und Wets!“

Ein Hohngelächter der Berliner Arbeiter wird die Antwort auf diese Geistesatombombe der „Roten Fahne“ sein. Ja, so hätten sie es gewünscht, die Leute von der „Roten Fahne“, daß die 200 000 gerufen hätten: nieder mit Wets, nieder mit Stämpfer. Aber die 200 000 haben es für klüger gefunden, mit der Sozialdemokratie gegen die Fürsten und die Reaktion zu demonstrieren.

Die große Bewegung gegen die Fürsten, die das deutsche Volk aus das tiefste aufwühlt, ist den Kommunisten nichts als ein Mittel ihres inneren Parteistreits, ein Argument zu Ehren des Ekki und seiner Briefe, und sie fälschen die innerpolitischen Ereignisse in Deutschland journalistisch, um dem Ekki zu zeigen, daß sie brave Jungen sind. Wahrhaftig, sie haben vom Volke keine Ahnung — darum will das Volk auch nichts von ihnen wissen.

So war es: unter der Führung der Sozialdemokratie, unter großer Anteilnahme der Berliner Bevölkerung, begleitet von ihrer Sympathie, hat das wertvolle Volk Berlins wachsam seine Stimme gegen die Fürsten und ihren Anhang erhoben. Respektvoll stellt die bürgerliche Presse fest: eine machtvolle, gewaltige Kundgebung. Das Organ der Kommunisten aber verkleinert, verfälscht, sucht den Eindruck abzuschwächen, lügt seine geheimen Wünsche als Wahrheit vor.

Als ihr Kommunisten und die Schwarzweißbroten am Sonntag demonstrieren, da wart ihr zusammen nur ein Bruchteil der Massen, die am Montag aufmarschierten. Das ist die Antwort, die euch das Volk gegeben hat.

Es ist alles ganz anders, als die Kommunisten es wünschen.

Wahlkassen in Nordamerika. Eine staatliche Untersuchung hat ergeben, daß bei den jüngsten Primärwahlen in Pennsylvania einer der Senatoren mehr als eine Million Dollar für Wahlpropaganda ausgegeben hat und einer der Finanzmänner der republikanischen Partei über 400 000 Dollar.

„Revolutionäre Kühnheit“.

Mit Musikerlaubnis!

Die „Rote Fahne“ feiert die kommunistischen Kundgebungen vom letzten Sonntag mit folgenden Worten:

Nicht „morgen marschieren wir“, lautete die Parole der SPD., als die Faschisten ihre Demonstration anzukündigen wagten. Das blieb dem „Vorwärts“ vorbehalten. Heute, am selben Tage, wo die Weißhänditen sich auf die Straße wagten, war der Schlachtruf. Und wir kamen am selben Tage, zur selben Stunde, um die proletarische Bereitschaft, die proletarische Entschlossenheit zu verkünden. Das entscheidet bei den Bertätigten. Nur in der SPD. suchten sie die Partei, die keinen Fußbreit Boden den Feinden überlassen will, die rüstet und organisiert und um die Millionen Bertätigten wirbt, um den Feind zu stellen und — zu schlagen. Das, diese Entschlossenheit, diese revolutionäre Kühnheit, gepaart mit täglicher, nie aufhörender Arbeit, — sie bringen uns die Massen, sie entschließen über die Führung im Proletariat, innerhalb der Bertätigten.

Das ist die Poesie. Nun kommt aber, noch in derselben Zeitungspalte, die Prosa. Sie stellt sich in einer Polemik gegen den „Vorwärts“ ein, dessen Feststellung, daß am Sonntag zwischen SPD. und „Weißhänditen“ eine Art Burgfriedens-Abkommen bestand, in folgender Weise indirekt bestätigt wird:

Die „Vorwärts“-Redaktion weiß genau, daß für jede Demonstration, bei der Musikkapellen mitgeführt werden, der Zwang besteht, die Musikerlaubnis von der Polizei einzuholen, wobei genau die Strafbestimmungen angegeben werden müssen, durch die die Musik und die Demonstration gefährdet wird. Nur aus diesem Grunde wurde von der Gauleitung des KPD., die die Musik für die Demonstrationen stellte, die Musikerlaubnis beantragt. Bei den Verhandlungen, die zwischen ihr im Beisein eines Vertreters der SPD. mit dem Oberkommando der Schutzpolizei wegen der in Frage kommenden Strafbestimmungen geführt wurden, ist allerdings verlangt worden, daß bestimmte Plätze und Straßen von den Arbeiterdemonstrationen nicht benutzt werden dürfen, weil sonst die Gefahr bestehe, mit den Demonstrationen der Vaterländischen zusammenzustößen. Es handelt sich also hier in keiner Weise etwa um ein Abkommen, sondern einfach um eine Anordnung der Schutzpolizei.

Wir hatten selber ausdrücklich festgestellt, daß das Abkommen nicht direkt zwischen den beiden Parteien sondern durch Vermittlung der Polizei geschlossen wurde, unsere Darstellung deckt sich also mit der der „Roten Fahne“ völlig.

Es war von den Kommunisten ein Fehler, daß sie ihre Demonstrationen für den Sonntag anmeldeeten, nachdem die Schwarzweißbroten schon die Genehmigung für den Lustgarten erhalten hatten. Jedes Kind konnte voraussehen, was weiter folgen mußte. Die Kommunisten mühten mit den Augenbedürfnissen vorlieb nehmen und mühten sich verpflichten, den den Schwarzweißbroten vorbehaltenen Raum nicht zu betreten. Aber, da sie es sich in den Kopf gesetzt hatten, der Sozialdemokratie um einen Tag zuvorzukommen, konnten sie nicht mehr zurück und mühten auf das etwas diametrale Abkommen eingehen.

Angelehnt an die Situation, in die sich die Kommunisten durch ihre Ungeschicklichkeit hineinmanövriert hatten, war das immer noch das relativ Vernünftigste. Aber wenn die „Rote Fahne“ sich rühmt, daß man „keinen Fußbreit Boden dem Feinde überlassen“ hätte, so ist das entschieden eine starke dichterische Uebertreibung. Wie denn auch ihre „revolutionäre Kühnheit“ gepaart mit Musikerlaubnis sich etwas wunderbar ausnimmt.

Welche von beiden Kundgebungen die imposantere und die würdigere war, die kommunistische vom Sonntag oder die sozialdemokratische vom Montag, darüber können wir das Urteil ruhig der Berliner Arbeiterschaft überlassen.

Das Burgfriedens-Abkommen am Sonntag.

Von den Vereinbarungen, die die Polizei für den Sonntag mit den beiden Parteien getroffen hatte, um Zusammenstöße zu vermeiden, gibt der Polizeipräsident, Genosse

Grzesinski, in der „Voss. Zig.“ eine anschauliche Darstellung:

Die Kommunisten mühten die beantragte Kundgebung auf der Weberwiese mit der Kundgebung im Friedrichshain vereinen. Auf dem Mariannenplatz durfte keine Kundgebung stattfinden; statt dessen waren der Kaiser-Friedrich-Platz bzw. die Nebenstraßen freigegeben. Der Beginn des Aufmarsches von den Sammelplätzen durfte nicht vor elf dreißig vormittags erfolgen, der Beginn der Kundgebungen nicht vor ein Uhr nachmittags.

Die Rechtsverbände mühten ihre Kundgebung im Lustgarten um 12 Uhr 45 Minuten nachmittags begonnen haben; um 1 Uhr 15 Minuten nachmittags mußte der Aufmarsch aus dem Lustgarten im Gange sein. Der Aufmarsch vom Rudolf-Wilhe-Platz mußte 10 Uhr 30 Minuten vormittags, von der Bülowstraße 11 Uhr vormittags erfolgt sein; der Aufmarsch vom Sammelplatz Panlow, Berliner Straße, durfte jedoch nicht vor 1 Uhr nachmittags erfolgen. Die festgelegten Straßen für Hin- und Rückmarsch waren ebenso wie die Aufmarschzeiten, genau innezuhalten. Eine Zugbildung westlich des Aufstößungspunktes Hanseplatz war beim Rückmarsch nicht gestattet.

Der Winterfeldtplatz durfte als Sammelpunkt von keiner der demonstrierenden Parteien benutzt werden. ... Wie schon erwähnt, hatte die Polizei am letzten Sonntag mit den Vereinstältern ganz eingehende Vereinbarungen getroffen, die sich nicht nur auf eine genaue Festlegung der Sammelplätze und der Hin- und Rückmarschwege erstreckten, sondern auch die genauen Zeiten des Hin- und Rückmarsches, des Beginnes und des Endes der Kundgebungen umfaßte.

Wir hatten am Montagmorgen folgende Darstellung des Sachverhalts gegeben:

Zwischen den „Nationalen“ und den Kommunisten war durch Vermittlung des Polizeipräsidenten eine Art Burgfriedens-Abkommen geschlossen worden: die Jüge der beiden Parteien sollten so geleitet werden, daß sie nirgends miteinander zusammenstießen. Die Schutzpolizei war nach einem sorgfältig erzwungenen Plan so aufgestellt, daß sie die Aufmarschlinien beider Parteien schützte. Indes ist das Abkommen von beiden Seiten loyal gehalten worden, zu ernstern Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Die „Rote Fahne“ nennt diese Darstellung „Vorwärts“-Lügen, erfunden zu dem Zweck, „die Feigheit der sozialdemokratischen Führer zu bemänteln“, die „jeder Straßendemonstration gegen die Monarchisten überhaupt ausweichen wollten“.

Wenn die „Rote Fahne“ es wagt, die schlichte Wahrheit als Lüge zu bezeichnen, ja, wenn sie es wagt, in diesem Zusammenhang von der angeblichen Feigheit anderer zu reden — so ist das entschieden „Kühnheit“, wenn auch keine „revolutionäre“.

Deffers Nachfolge.

Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft.

Die überstürzte Wahl des Herrn Dorpmüller zum Amtsnachfolger des Generaldirektors der Reichsbahn, ehe Rudolf Deffer noch bestattet worden war, hat — wie man sich erinnert — peinlichstes Bestreben hervorgerufen. Außerdem dürfte es der Reichsregierung, sogar in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht besonders zugefugt haben, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn, nämlich seine reichsdeutschen Mitglieder, die Wahl vornahm, ohne vorher die Meinung der Reichsregierung eingeholt zu haben. Um nun vielleicht für die Zukunft irgendeine grundsätzliche Regelung anzubahnen, die solche Vorkommnisse verhindert, ist das Reichskabinett seit heute vormittag 11 Uhr in Erwägungen und Erörterungen darüber begriffen.

Studentenstreik in Marburg.

Marburg, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesige stark reaktionäre Studentenschaft trat um 1/11 Uhr in den Stadtsälen zu einem Streikbeschluss zusammen, trotzdem die Linke dagegen energisch protestierte. Die Vorlesungen waren heute morgen nur schwach besucht.

Manuel und Miguel.

Auch ein Stück aus dem monarchistischen Tollhaus.

Von Henning Duderstadt.

Der „Gothaische Genealogische Hoffalender“ belehrt uns, daß auf der Erde zurzeit insgesamt 7 kaiserliche und 13 königliche Familien mehr oder weniger energische Ansprüche auf verlorengegangene Throne geltend machen. Und zwar handelt es sich um die Familien Hohenzollern — Preußen-Deutschland, Habsburg — Oesterreich-Ungarn, Romanow — Rußland, Osman — Türkei, Mandschu — China, Braganza — Brasilien, Bonaparte — Frankreich, sowie Wittelsbach — Bayern, Wettin — Sachsen, Württemberg — Württemberg, Cumberland — Hannover, karolinger Zweig Bourbon — Spanien, Bourbon — beide Sizilien, Bourbon-Orleans — Frankreich, Glücksburg — Griechenland, Obrenowitsch — Serbien, Petrowitsch — Montenegro, Radjar — Persien, Manuel-Braganza — Portugal und Miguel-Braganza — Portugal. Hinzu treten noch 24 großherzogliche, herzogliche, kurfürstliche und fürstliche Häuser. Gerade angesichts des bevorstehenden Volkenscheidens ist eine solche trodene Uebersicht nicht ohne Interesse: Nur ein Blinder kann verkennen, daß der Monarchismus auf dem Aussterbeort steht!

Wohl das groteskste Schauspiel unter diesen 44 abgelegten Dynastien bieten die beiden Zweige des königlich portugiesischen Hauses Braganza. Erst in den letzten Wochen erregte Portugal für einen Augenblick die allgemeine Aufmerksamkeit durch einen jener Militäraufstände, die sich dort unten in der Südwestküste Europas alle Jahre zwei- oder dreimal abrollen: Ist es doch auch den republikanischen Regierungen nicht gelungen, die Schäden jahrhundertelanger monarchischer Mißherrschaft zu überwinden und zu geordneten Zuständen zu gelangen. Unleugbar sind monarchistische Tendenzen vor allem in der unruhigen Armee sehr lebendig, und Portugal hätte vielleicht inzwischen wieder einmal einen König bekommen, wenn — ja wenn sich nicht die legitime „allergnädigste Majestät“, Manuel II. zäh und leidenschaftlich dagegen sträubte, den verwaisten Thron seiner Väter zu bestiegen. Er hat gewichtige Gründe: Ein vollkommener unerfahrenen Jüngling von 19 Jahren, hatte er am 1. Februar 1908 die Königsmürde übernehmen müssen, weil jamaohl sein Vater, der dide König Carlos, als auch sein älterer Bruder auf den Straßen Lissabons erschossen worden waren. Unter dem Einfluß seiner tüchtigen und verdienstlichen Mutter zeigte er sich so unfähig, daß er schon im Oktober 1910 davon gesagt wurde: Nichts war ihm angenehmer als dies: Er ward zum Blutrotter, schloß Freundschaft mit schönen Tänzerinnen, verheiratete sich der Form halber zu dauernd kinderloser Ehe ausgerechnet mit einer Prinzessin von Hohenzollern und ist heute ein beliebter und angesehener Gast in allen exklusiven Londoner Klubs. Sucht ihn eine Abordnung der getreuen portugiesischen Legation auf, so wehrt er sich mit Händen und Füßen gegen das häßliche Ansinnen, jemals wieder auch nur für einen Tag die anstrengende und nicht ungefährliche Beschäftigung des Regierens zu übernehmen. Und unter Hof-

inigen ziehen — ein Bild aus Daudets „Königen im Exil“ — die Untertanen wie begossene Büdel von dannen.

Aber die Dinge liegen noch viel grotesker: Anno Tobak, um das Jahr 1820 herum, beherrschte der hochselige König Johann VI. neben Portugal auch noch Brasilien. Als sein Stellvertreter fungierte in Rio de Janeiro sein Sohn Dom Pedro, der sich indessen nicht scheute, als er von den Unabhängigkeitsbestrebungen der brasilianischen Bevölkerung Lunte roch, seinen eigenen Vater abzusetzen und sich zum Kaiser von Brasilien zu erheben. Nicht eben erfreut hierüber, bestimmte Johann VI., daß die Kronen Portugals und Brasiliens niemals wieder vereinigt werden könnten und sein Sohn Dom Miguel ihm in Portugal nachfolgen solle. Als dann Johann VI. am 10. März 1826 starb, kümmerte sich indessen Pedro absolut nicht um den letzten Willen seines Vaters, sondern erhob seine just siebenjährige Tochter Maria zur Königin. Miguel entfesselte einen Aufstand in Portugal, und da Pedros brasilianische Untertanen ihrem Kaiser gegenüber gerade dasselbe getan hatten und dieser fliegenden Fußes das Land verlassen mußte, zog er nach Portugal und verjagte den Bruder Miguel. Dessen Nachkommen erheben bis heute Ansprüche auf den portugiesischen Thron.

Was läge für Portugals Monarchisten näher, als da Manuel nicht will, den nächsten Ignaten aus der miguelistischen Linie auf den Schild zu erheben? Hier aber türmen sich neue entlegliche Schwierigkeiten. Hat doch der älteste Entel Miguelis, gleichfalls Miguel genannt, die Schwärmerei begangen, ein bürgerliches Mädchen mit Namen Anita Stewart zu heiraten. Und für so ein Lebensweil ist natürlich auf einem veritablen Königsthron kein Platz. Nun hat zwar Miguel junior noch einen Bruder aus des Vaters zweiter Ehe, den Prinzen Duarte. Aber auch dies hat einen Haken: war doch Papa Miguelis zweite Ehefrau „bloß“ eine Prinzessin Löwenstein-Wertheim, die, mag sie auch noch so vornehm sein, nicht als aus thronberechtigtem fürstlichem Geblüt gilt.

In der Tat: die Aufgabe des Monarchismus scheint es zu sein, sich in allen Ländern dieser Erde lächerlich und unmöglich zu machen.

Die tote Schauspielerin.

Der „Vorwärts“ hat gemeldet, daß die Schauspielerin Ellen Reustädter „freiwillig“ aus dem Leben geschieden sei. ... Die Künstlerin teilte in der letzten Zeit mit Hunderten ihrer Kolleginnen das Los dauernder Engagementslosigkeit. Und war doch einst eine große Hoffnung der deutschen Bühnen! Heinrich Heff, Friedrich Moest (der neben Emanuel Reicher ihr dramatischer Lehrer war), und die „alten“ Volkshäusler werden sich an ihre hauchzarte, leicht tief empfundene Gestaltung des Rouvendein erinnern. Dieses „elbische Wesen“ verkörperte sie vor rund fünfundsiebzig Jahren in einer Aufführung der „Neuen freien Volkshäusler“ in hawfälligen „Velle-Alliance-Theater“. Das ist inzwischen niedrigergerissen worden, um einem großen Bureauhaus Platz zu machen, in dem jetzt der „Zentralverband der Angestellten“ seine Berliner Verwaltungsstelle hat.

Fünfzehn- oder sechzehnjährig war die kleine Ellen damals, — ein zerbrechlich erscheinendes Persönchen mit heißem Temperament

und großer Bühnenschnfucht. Gerade erst von der Schulbank gekommen.

Klage, gütige Eltern — Max Reustädter, ein bekannter Rationalökonom, und seine vor allem auch musikalisch hochgebildete Frau — hatten dem stürmischen Drängen des einzigen Kindes nicht allzu schwer nachgegeben. August Bebel genoh im Hause Reustädter Stunden behaglichen Ausruhens und bildete oft den — im besten Sinne des Wortes — „geistigen Mittelpunkt“, wenn wir, die jungen und alten Freunde des Hauses, literarische und bühnenhistorische Debatten führten. Der von allen geliebte „Onkel Bebel“ hatte auch mit entschieden: „Elchen soll zur Bühne!“

Als ganz unromantisch, ohne obligaten „Eternfluch“ oder „Flucht aus dem Elternhause“ begann Ellen, die sich dann „Ellen Reustädter“ nannte, ihre Bühnenlaufbahn.

Rürnberg, Wien, Berlin kennzeichneten ihren Weg. Schauspielerin seltener Begabung — eigener Art — meisterte sie — Gattin und Mutter geworden — später die schwierigen Rollen des weiblichen Charakterfadens. Sie war und blieb ein großes Talent, eine disziplinierte Darstellerin und gute Sprecherin.

Mitten aus ihrer furchtbaren Alltagsnot heraus, ließ sie neulich noch im Rundfunk die „Dame in Trauer“ in „Minna von Barnhelm“ vor den ergriffen Aufhorchenden lebendig erscheinen. „Dame in Trauer“ — erschütterndes Symbol, — wenn man jetzt von ihrem tragischen Ende hört. „Empfangen Sie meine Belohnung und — meine Tränen“, waren die letzten Dichterworte, die ein größerer Hörerkreis von ihr vernahm. Wieviel Tränen mag die arme Gehekte in der letzten Zeit der Not geweint haben?

Ein reiches Talent ward — „Vergangenheit“. Die deutsche Bühne hatte keinen Platz für diese seltene Darstellerin, — keinen Platz in einer Gegenwart der Film- und Bühnenstargogen, der Kapellmeister-Primadonnenneinkommen, — in einer Gegenwart der wirtschaftlichen Theaterunmöglichkeit.

Und das ist der soziale Schatten, der auf das Bild einer ernst ringenden Künstlerin fällt.

Die „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger“ läßt zu einer „Internationalen Schauspielerkonferenz“ vom 23. bis 26. Juni ein.

All die Schauspieler, die jetzt „Gewesene“ sind, die aus eigenem Willen „Gewesene“ wurden, wie die tote Schauspielerin Ellen Reustädter, haben ein Recht darauf, daß ihre letzten Todesklagen, ihre letzten Hoffschreie in den kommenden Beratungen der Schauspielertagung einen Wiederholl finden, der die Theateröffentlichkeit und die große, allgemeine Öffentlichkeit veranlaßt, mitzuhaben bei der Beseitigung der Ursachen der künstlerischen und wirtschaftlichen Mißstände der Theater. Erich Flatau.

Verthold Kellermann, der bekannte Professor an der Akademie der Tonkunst und einer der ausgeprägtesten Charakterköpfe des musikalischen Münchens, ist im Alter von 73 Jahren nach längerem Leiden gestorben.

Moholy-Nagy, Lehrer am Bauhaus in Dessau, spricht am 17. abends 8 Uhr, in den Räumen der Buchhandlung Ferdinand Oberer, Reichstr. 20, über „Jsmus oder Ruch“ (mit Lichtbildern).

Ein Kiensteinklub hat sich in Rem-Hort gebildet. Ihm gehören 225 Kiensteinliebhaber an, darunter die Stanleygesellschaft, die bisher schon 115 Kinos kontrollierte.

Das Adelskonfortium freigesprochen.

In der Berufungsverhandlung gegen die Zigarette.

Der Herr Wege sind wunderbar, noch wunderbarer aber sind die Wege der deutschen Justiz. Gestern, Montag, hat das Landgericht in der Berufungsverhandlung gegen das bekannte Adelskonfortium v. Ghdorff, v. Carlomih und v. Karstädt sowie gegen Geheimrat Nehring und Bankdirektor Lüders nach mehrtägiger Verhandlung auf Freispruch erkannt. Das Gericht ist nach seiner mündlichen Urteilsbegründung davon ausgegangen, daß die Herrschaften bei ihren wunderbaren Geschäften in gutem Glauben gehandelt haben. Auch sei kein Schaden erfolgt und die Angeklagten hätten auch nicht mit der Möglichkeit eines Schadens rechnen können. Es liege deswegen weder Betrug noch Untreue vor, in dem Verhalten der Angeklagten sei nichts Strafbares zu erblicken.

In der ersten Instanz wurde gegen Geheimrat Nehring eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten und eine Geldstrafe von 3000 M., gegen Lüders eine Geldstrafe von 5000 M., gegen v. Ghdorff, v. Carlomih und v. Karstädt je 9 Monate Gefängnis und Geldstrafen zwischen 13000 und 30000 M. ausgesprochen. Die Schwankung in der Rechtsprechung ist erstaunlich. Nach 9 Monaten Gefängnis — glatte Freisprechung. Nicht immer ist Justitia so milde. Man mag auch nicht zu hoffen, daß solche Milde, wie sie hier gezeigt, dauernd von deutschen Gerichten angewandt werden wird. Oder sollte die Rechtsprechung eine Lotterie sein? Auf jeden Fall wird das Rechtsbewußtsein im Volke durch solche Beobachtungen schwer erschüttert.

Für Monarchie und Mannesmann!

Falkenhahn in allen Waffen.

Der Herr Oberleutnant von Falkenhahn, der mit einem Schreiben des Herrn von Voebell Industriegelder gegen den Volkssentscheid zu sammeln versucht, ist wohl identisch mit jenem Herrn, der auch in den letzten Tagen in den Gängen des Reichstags sehr beschäftigt war. Als Angestellter der Firma Mannesmann hatte er die Aufgabe, Parlamentarier verschiedener Parteien im Interesse der Firma zu bearbeiten.

Dabei hatte er wohl größeren Erfolg als bei seinen Betteilgängen für die Fürsten. Denn bekanntlich hat der Haushaltsausschuß des Reichstags unter offener Verletzung des Staatsrechts die bankrotte Firma aus Reichsmitteln saniert. Unverständlich bleibt, daß das Zentrum bei dieser Aktion, deren außenpolitische Bedenkllichkeit und deren Ungefährlichkeit ihm nicht verborgen ist, mitwirken konnte. Begreiflich allerdings ist, daß Völkische, Deutschnationale und Volksparteiler unter Führung des Außenministers dieser völkischen Firma den Liebesdienst erwiesen haben. Das letzte Wort ist darüber allerdings noch nicht gesprochen. Denn die Sozialdemokratie wird sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, im Pleaum in diese ganzen dunklen Vorgänge hineinzuweisen. Dann erst wird es sich zeigen, ob der Herr Oberleutnant von Falkenhahn den Sieg behaupten kann.

Ein Ehrentitel.

Die Bezeichnung Novemberverbrecher wird in dem sich nun entspinnenden Kampf um die 20 Millionen Stimmen für die Entsignung der Fürsten zweifelsohne eine Rolle in den Abwehrmitteln der königslüsternden Parteien spielen. Wer historische Ereignisse von revolutionärer Tragweite unter dem Gesichtswinkel des jüdischen Spiebertönigs betrachtet, der auf die Nachricht von dem Ausbruch der 1830er Revolution in Paris die klassischen Worte sprach: „Ja — derjenige ist denn das?“ — für den mag das Wort „Novemberverbrecher“ etwas Abschreckendes haben; aber wer dagegen in der Geschichte der Staatsumwälzungen und Empörungen geknechteter Völkerteile nur einermachen bewandert ist, der lacht über dieses krankhaft anmutende Bemühen, eine politische Großtat unter einem reaktionären Amtsrichtergerichtsstand zu rubrizieren. Schon einmal hat eine mit Absicht gewählte Schmähebezeichnung historisches Ehrenrecht erworben, als nämlich die niederländischen Aufständischen den Titel *gueux* (Bettler) gleich Geusen akzeptierten, den ein spanischer Hofmann auf sie schmähend angewandt hatte. Die Geusen haben die Allgewalt des spanischen Weltreiches gebrochen und die geistige Freiheit Europas vorbereitet — die Novemberverbrecher haben das Chaos, das der desertierende Kaiser und Oberkommandierende geschaffen, zu bändigen gewußt und ihrem Volke ebenfalls die geistige Freiheit gegeben, die jetzt jene Kreise strupelosen benutzen, um zur alten Macht zurückzukehren. Deshalb ist der 20. Juni nicht nur ein Tag der Entscheidung über die Frage, ob das arm gewordene Volk jenen das Letzte nachwerfen soll, die in der Stunde der Gefahr ihr Heil in der Flucht suchten, sondern auch ein solcher, der bekunden muß, daß das deutsche Volk von jenen Machenschaften nichts wissen will, die die geistige Unfreiheit mit Büttelhilfe wieder zurückführen wollen. Zwei Kulturwelten, die zum Streit mit geistigen Waffen antraten, das große Schicksal unseres Volkes und unser eigenes kleines Schicksal wird am 20. Juni entschieden. Und dem Ehrentitel Novemberverbrecher legen wir getrost jenen weniger ehrenhaften Titel Deserteur gegenüber, dem keine monarchistische Geschichtsliteratur zu einem heldenhaften Klänge verhelfen kann. Und die Trabanten, die um die Sonne des kaiserlichen Deserteurs kreisen — wer vermag auch nur einen Funken von historischer Gerechtigkeit in der Schamlosigkeit erblicken, die Räterschmeichelei und Berufung auf den Vertrag von Versailles ins Feld führt. Die Welle der Empörung wird am 20. Juni die ebenso lächerlichen wie unerschämten Ansprüche jener Leute hinwegspülen, die in der Geschichte als die Totengräber des alten Reiches fortleben werden.

Zur gestrigen Kundgebung.

Mäßlose Entstellungen eines Sensationsblattes.

Ein Berliner Mittagsblatt leistet sich in sensationeller Aufmachung maßlose Übertreibungen in der Schilderung von Vorkommnissen, die sich lange nach Abschluß unserer gestrigen Demonstration abgespielt haben sollen. Nachdem die Demonstration in aller Ruhe und in programmmäßiger Ordnung durchgeführt und unsere Parteigenossen und Anhänger längst den Platz geräumt hatten, bildeten sich gegen 10 Uhr Gruppen von Passanten, die in einem Disput mit Kommunisten und Roten Frontkämpfern gerieten. Die Linksradikalen waren offenbar dorthin beordert worden, um nach Schluß der eigentlichen Kundgebung die Rolle der Hyänen des Schlachtfeldes zu übernehmen. Diese Anammlungen, die also mit der Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei auch nicht das geringste zu tun hatten, wurden natürlich von der Polizei pflichtgemäß aufgelöst, wobei Widerstand geleistet wurde. Die Roten Frontkämpfer erhielten Zugang, der auch Stellung gegen die Polizei nahm, so daß von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. Dabei wurden dreizehn Personen verhaftet, die man alsbald wieder freiließ. Die Meldungen von Verletzungen und gar Schwerverletzten sind sämtlich unwahr; jedenfalls ist beim Rettungsdienst der Stadt Berlin, dem alle Eingänge der Anstaltungen gemeldet werden, nichts bekannt. Den Charakter der Vorkommnisse erhellt am besten die Tatsache, daß alle Ver-

hafteten Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes sind. Es bleibt also dabei, daß die Anammlungen und die daraus resultierenden zeitweiligen Maßnahmen lang nach Beendigung unserer Demonstration stattfanden. Die allgewohnte Disziplin unserer Parteigenossen gab der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten.

Feuer im Vorortzug. Nervenschlag und Herzkrämpfe.

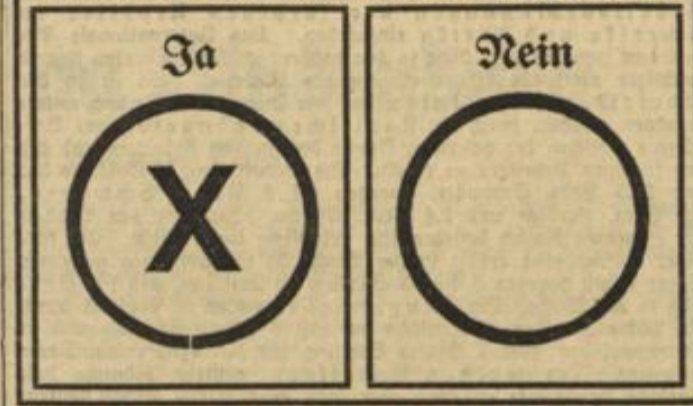
Durch Kurzschluß in der elektrischen Leitung des Vorortzuges Nr. 233 in der Nähe des Bahnhofes Pantow-Schönhausen entstand heute vormittag kurz nach 10 Uhr ein Feuer. Die Reichsbahndirektion gibt hierzu folgende Darstellung:

Der elektrische Vorortzug Nr. 233 mußte in der Nähe des Bahnhofes Pantow-Schönhausen in der Zeit von 10,04 bis 10,40 Uhr wegen eines Kurzschlusses in der elektrischen Leitung liegen bleiben. Durch den gewaltigen Ausbruch einer Stichtamme entstand unter den Fahrgästen eine begreifliche Erregung. Hierbei erlitt der Handelsmann Niehke, der aus den Zug sprang, einen Nervenschlag und Verletzungen an den Händen und im Gesicht. Eine Frau Ottenjen aus Röntgenal bekam Herzkrämpfe. Nach

Dein Kreuz unter das „Ja“!

So muß der Stimmzettel aussehen, den du abgibst!

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



Der Vorgang ist wie bei einer Wahl. Nur wird statt der Partei der Kreis unter dem „Ja“ mit einem Kreuz versehen.

Man lasse sich nicht verleiten, den Nein-Kreis zu durchkreuzen. Das würde bedeuten, daß das Gesetz über die Enteignung abgelehnt wird. Jeder sage es dem anderen, der noch zweifelhaft ist:

Das Kreuz gehört in den Ja-Kreis!

Behandlung durch den Bahnarzt konnten beide entlassen werden. Ein Teil der erschreckten Fahrgäste verließ den Zug und ging zu Fuß nach dem Bahnhof Schönhausen. Wie die Reichsbahndirektion weiter mitteilt, liegt ein Grund zu irgenwelchen Beunruhigungen nicht vor. Es handelt sich um einen gewöhnlichen Kurzschluß, nur daß der Ausbruch bedeutend stärker und ebenso der Knall viel lauter war.

Amerikanische Ärzte in Berlin.

Gestern ist eine Gruppe von amerikanischen Ärzten in Berlin eingetroffen die sich hier bis zum 18. Juni aufhalten wird. Die Herren gehören der Interstate Medical Association von Nordamerika an, die die Ärzte aller nordamerikanischen Staaten mit Kanada umfaßt. Unter den Besuchern befinden sich viele hervorragende Vertreter des Arztstandes und der medizinischen Forschung. An der Spitze steht Professor der Chirurgie William B. Cook, als Vertreter des weltbekannten Mayo-Institutes Rochester erscheint Dr. Wilson. Am 18. Juni morgens erfolgt die Abreise nach Amsterdam. Die Studienreise erstreckt sich in zeitlicher Folge auf Italien, Schweiz, München, Wien, Prag, Holland und Belgien. Die Berliner medizinische Fakultät wird ihre Vorlesungen an den Vormittagen halten. Außerdem finden drei allgemeine Vorträge statt von Prof. Dr. Warburg, Geheimrat Haber und dem Museumsdirektor Prof. Wiegand. Der Zutritt zu den Vorlesungen ist nur den Mitgliedern der Studientreise und des akademischen Lehrkörpers gestattet. Es ist zum ersten Male seit dem Kriege, daß eine größere Zahl von Medizinern eines Landes, das sich mit Deutschland im Kriege befindet, nach Deutschland besucht, um wissenschaftliche und persönliche Beziehungen zu hervorragenden Vertretern der deutschen ärztlichen Wissenschaft anzuknüpfen bzw. zu erneuern.

Sommerfest der 262. weltlichen Schule.

Trotz des leichten Regens zogen die Jüngsten der weltlichen Schule am Sonntag zum Sommerfest an den Kanal hinaus. Etwa 150 Kinder mit Plakaten: Gebt uns Buddelpläße! Baut Schwimmhallen! Macht den Fürstenbesitz produktiv!, mit roten Bändern und Blumen waren mit ihren blassen schmalen Gesichtern die lebendigste Propaganda für den Volkssentscheid. Draußen ging's lustig zu. Die Ungefährlichkeit der Großen beim Schwimmen, Topf schlagen und Eiertragen bereitet den Kindern, die Posierlichkeit der Kleinen den Eltern hellste Freude. Am schönsten war es, wenn auch die Lehrer sich beteiligten. Der Reimefeste Chor verschönte das Fest mit Gesängen in den Pausen und auf dem Marsch. Es war ein schöner Tag, von Schule und Elternhaus in gemeinsamer Arbeit aufs beste bereitet.

Lösung der sozialen Frage durch Gebet.

Eni Fräulein Lucia Cauffman ist aus London nach Berlin extra zu dem Zweck gekommen, um den Berliner Gläubigen das Wesen der christlichen Wissenschaft zu verdeutlichen. Das Große Schauspielhaus war am Sonntag nachmittag bis auf den letzten Platz ausverkauft. Fräulein Cauffman hat nichts Mystisches an sich; ihr Vortrag klingt außerordentlich irdisch; sie ist eine echt, englische Witze mit einer seltsamen Aussprache des Deutschen versehen. Ja, über die Religion, „christliche Wissenschaft“ sind vielfach falsche Auffassungen vorhanden, begünstigt sie. Natürlich können Krankheiten durch Gebet und wahren Glauben geheilt werden. Nur dadurch! Aber noch mehr: auch das Problem der Arbeit und die soziale Frage werden nur durch die „christliche Wissenschaft“ gelöst. Man muß immer nach dem Satz handeln: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ Ein einfacher Grundsatz, der eben alle Probleme spielend löst. Armut ist eine Krankheit, und jede Krankheit zeigt einen Mangel an göttlicher Idee. Man muß um die fehlende Idee beten, dann wird man gesund und reich; eine

Fahnen heraus!

Am Sonnabend und Sonntag schmückt Fenster und Balkons mit roten und schwarzrotdenen Farben!

merkwürdige Vergeltung von Glauben und Geschäftssinn. Nun die Schamanen des Samojeden glauben ebenfalls ihre franklen Namensangehörigen durch gut inszeniertes Gebet heilen zu können. Aber die Lösung der sozialen Frage sollten die „christlichen Wissenschaftler“ wirklich anderen Leuten überlassen.

Für Wilhelm, den — „Volksgenossen“. Dem Pastor ist die Fürstenteignung ein „Raub“.

Zu den Pastoren, die in der Frage des Volkssentscheides über die Fürstenteignung sich auf die Seite der ehemaligen Landesöster stellen, gehört auch ein Pastor Winter von der Zwinglikirche am Rudolfsplatz (Berlin-Ost). Er ist zwar erst am letzten Sonntag in sein Amt eingeführt worden, aber gerade bei dieser Feierlichkeit hat er im Rahmen des Gottesdienstes sich gegen die Fürstenteignung ausgesprochen. Einen „Raub an einem Volksgenossen“ nannte er sie!

Daß gewisse Pastoren gegen die Fürstenteignung eifern, überrascht uns längst nicht mehr. Wir legen das zu dem übrigen, was man von der Kirche kennt. Aber als einen „Volksgenossen“ sollen wir den Exkaiser Wilhelm II. ansehen, der im Augenblick des Zusammenbruchs „sein“ Volk im Stich ließ und nach Holland auskniff? Da wird vielleicht Wilhelm II. selber — wie er zu tun pflegte, wenn ihm etwas Spaß machte — sich mit der flachen Hand auf den Schenkel schlagen und in ein dröhnendes Gelächter ausbrechen. Wie wollen dafür sorgen, daß ihm wenigstens nach dem Volkssentscheid die Luft zum Lachen verwehrt geht.

Erleichterte Gesellschaftsreisen.

Mit Wirkung vom 10. Juni 1926 wird, wie die Reichszentrale für Verkehrswerbung mitteilt, die Ausführung von Gesellschaftsreisen, bei denen bekanntlich für jeden Teilnehmer eine Ermäßigung des Fahrpreises von 25 v. H. gewährt wird, erheblich erleichtert. Die Mindestteilnehmerzahl, die bisher auf 30 Personen festgesetzt war, ist auf 20 Personen und die Mindestentfernung für eine Fahrt von 50 km auf 30 km herabgesetzt worden.

Eine ausgezeichnete Propaganda für den Volkssentscheid, die Hunderte und aber Hunderte zur Aufmerksamkeit zwingt, treibt die Geschäftsstelle des Dieck-Verlages, Lindenstr. 2. Die Schaufenster sind mit unzeren Plakaten „Milliarden für die Fürsten, uns die Rat!“ und dem ausgezeichnet instruktiven Plakat „Ach, den Fürsten geht's so schlecht“, sowie verschiedenen anderen Flugzetteln und Plakaten besetzt. Die Anordnung der Plakate ist ungemein wirkungsvoll, der Abdruck mit breiten roten Papierstreifen gibt der großzügigen Propaganda einen guten Rahmen. Die konzentriert auf Agitation eingestellte Schaufensterauslage, die im Auschnitt zu sehen ist, zieht viele Neugierige an. Besonders Heiterkeit erregen der holzpalten Wilhelm und des pensionierten Ludendorfs Physiognomie, deren Tageseinkünfte (1650 und 50 M.) im Gegensatz zu dem des Arbeiters und Arbeitslosen (7 und 1,50 M.) gezeigt werden.

Selbstmord durch Erschießen verübte heute morgen gegen 1/5 Uhr vor dem Hause Albrechtstraße 63 der 40jährige Syndikus Paul Henner, Brandenburgische Straße in Wilmersdorf. Der Schwerverletzte wurde zur nächsten Rettungstelle geschafft, wo aber nur noch der Tod infolge eines Kopfschusses festgestellt werden konnte. Zertrümmerte Familien- und Vermögensverhältnisse sollen h. zu dem Verzweiflungsschritt getrieben haben.

Berliner Studentenwahlen. Von der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten werden wir um die Aufnahme folgender Berichtigung ersucht: Zu der kürzlich erfolgten Mitteilung über die Liste „Hochschule der Werttätigen“ ist zu bemerken, daß es eine Liste dieses Namens überhaupt nicht gibt, vielmehr nur eine unter ähnlicher Bezeichnung folgende Liste der Kommunisten, die es anscheinend nicht wagen, offen Farbe zu bekennen. Der sozialistische Wahlvorschlag zu den Studentenwahlen trägt den Namen „Sozialisten“, mit dem Untertitel „Vereinigung sozialdemokratischer Studenten“ (Heinz Krüger). Die sozialistischen Studenten wählen also diese Liste, die als Wahlvorschlag eingereicht ist.

Freibäder für Erwerbslose. Das Bezirksamt Mitte teilt mit: An der Badeanstalt Gartenstr. 5 sind von 1338 ausgegebenen Karten für Freibäder an Erwerbslose usw. in der Zeit vom 21. bis 30. April 1926 nur 427 und von 1859 Karten in der Zeit vom 1. bis 22. Mai d. J. nur 1048 Karten benutzt worden. An den Montagen überhaupt und an den anderen Wochentagen in den Frühstunden von 7 bis 9 Uhr ist die Benutzung von Freibädern nur sehr wenig in Anspruch genommen worden. Das Bezirksamt hat deshalb die Badezeit für Erwerbslose usw. ab 1. Juni d. J. auf die Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags auf die Wochentage von Dienstag bis Sonnabend eingeschränkt.

Der Film „Keinen Pfennig den Fürsten“, der gestern nach ursprünglichem Aufführungserbot von der Filmoberprüfstelle freigegeben wurde, läuft ab heute in folgenden Kinos: Olympia-Theater, Berlin W., Kanistraße 162; Thalia-Theater, Große Frankfurter Str. 27; Katabul-Theater, Alexanderstraße 13; Marga-Theater, Schulstraße 29.

Berschwunden ist seit Montag, den 7. d. M., die 17 Jahre alte Margarete Engelhardt aus Gut Düppel bei Zehlendorf. Sie ist 1,50 Meter groß, hat ein schmales, blaues Gesicht, hüftlahmen Gang und an der rechten Hand schwarze Narben. Bekleidet war die Berschwundene mit einem roten Kleid mit Blumen durchwirrt, Ledermantel, schwarzen Spangenschuhen mit niedrigem Absatz. Sie ist zuletzt am Bahnhof Zehlendorf-Mitte gesehen worden, als sie sich abends 7 Uhr nach Hause begeben wollte. Wer etwas über den Verbleib der Betreffenden weiß, wird gebeten, es ihren Eltern auf Gut Düppel bei Zehlendorf mitzuteilen.

Eine neue Verordnung über den Straßenverkehr hat angesichts der in der Reichshauptstadt sich häufenden Verkehrsverwirrungen der Polizeipräsident von Berlin erlassen. Die neue Verordnung stellt in erster Linie eine Zusammenfassung aller bisherigen Polizeivorschriften über den Straßenverkehr dar. Eine wesentliche Einschränkung ist für das Vorbeifahren von Fahrzeugen an Haltestellen der Straßenbahn und der Autobusse vorgesehen. Innerhalb eines Raumes von 5 Metern vor und 5 Metern hinter den Haltestellen ist das Halten von Fahrzeugen verboten. An den an einer Haltestelle haltenden Straßenbahnen darf nur in Schrittgeschwindigkeit und nur im Abstand von mindestens einem Meter vorbeifahren werden. Die Verkehrsregeln erster Ordnung, die „Einbahnstraßen“ und die „Plätze mit Kreisverkehr“ sind vermehrt worden.

Billigere Preise für „Vorwärts“-Leser. „Ramp in der Brautnacht“, eine Begebenheit in 3 Akten von Ulrich Wechsung wird abends 8 1/2 Uhr mit Käthe Schmidt-Samst in der Hauptrolle im Trianontheater zur Aufführung gebracht. Die Direktion bietet uns, mitzuteilen, daß die Abonnenten unserer Zeitung gegen Vorweisung der Abonnementsquittung auf allen Plätzen halben Kassenpreis zahlen.

Briefkasten der Redaktion.

Schreibzettel Nr. 21. Unsere Karte stimmt genau. Die anderen Abgebildeten haben gefehlt.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

115. Bd. Lichtberg. Gruppe Formung: Aktion! Die Genossen treffen sich heute Dienstag zum Rieken nicht um 8 Uhr, sondern erst um 10 Uhr abends pünktlich beim Genossen Masch, Holanitz, 12.

Gewerkschaftsbewegung

Metaltransportarbeiter-Schiedspruch verbindlich! Die alten Löhne gelten bis Ende Juli.

Dem Deutschen Metallarbeiterverband, als führende Organisation im Metallartell, ging heute vormittag vom Schlichter für Groß-Berlin der Bescheid zu, daß der am 4. Juni für die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie gefällte Schiedspruch am 14. Juni für verbindlich erklärt worden ist. Damit ist der Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie zunächst bis zum 31. Juli beigelegt. Man kann aber heute schon gegen eins wetten, daß die Berliner Metallindustriellen diesen Termin, zu dem das Lohnabkommen erstmalig kündbar ist, benutzen, um erneut mit ihren Lohnabbauforderungen hervorzutreten. Wie es um die „notorisch“ schlechte Lage der Berliner Metallindustrie wie der gesamten Schwerindustrie in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt recht deutlich der Schiedsrichterbescheid. Auf der einen Seite wirft man Gelder für öffentl. unproduktive Zwecke zum Fenster hinaus, der Arbeitnehmerschaft und den Behörden aber kommt man immer wieder mit den „untragbaren“ Löhnen und Kosten. Bei den Verhandlungen ziehen die Unternehmeranwälte alle Register auf, um zu beweisen, daß die Wirtschaft zugrunde gehe, wenn nicht endlich den „unproduktiven Arbeitskräften“, den Transportarbeitern, die fargen Löhne noch knapper bemessen würden.

Die Transportarbeiter in der Metallindustrie sollten endlich aus diesem Spiel die Lehre ziehen, daß sie sich besser organisieren müssen, wenn sie dem immer wiederkehrenden Ansturm der Berliner Metallindustriellen auf ihre Existenz auf die Dauer gewachsen sein wollen.

Die Steigerung der Betriebsunfälle.

Die Deffektivität ist in letzter Zeit durch die schweren Betriebsunfälle, wie sie sich auf dem Großkraftwerk Rummelsburg und an anderen Orten ereignet haben, beunruhigt worden. In den letzten Jahren haben sich die Betriebsunfälle überhaupt gewaltig vermehrt. Wie aus den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgeht, ist allein im Jahre 1924 gegenüber dem Jahre 1923 eine außerordentliche Vermehrung eingetreten, obwohl die Beschäftigten stark gekunken sind. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sind in dieser Hinsicht ein ziemlich zuverlässiger Maßstab, da ja den Gewerbeaufsichtsbeamten jeder Unfall gemeldet werden muß.

So haben sich zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf die Betriebsunfälle von 17 616 im Jahre 1923 auf 27 201 im Jahre 1924 vermehrt. Im Regierungsbezirk Schlesien von 4953 auf 6503; Arnberg von 9752 auf 15 593; Kassel von 3246 auf 4240; Berlin von 18 393 auf 23 839; Hannover von 3286 auf 4032 und im Regierungsbezirk Pommern von 4886 auf 5398.

Nach mehr ist die Unfallziffer im Bergbau gestiegen. Im „Vorwärts“ Nr. 252 ist bereits an Hand der „vorläufigen Nachweisung der Unfälle im preussischen Bergbau im Jahre 1925“ auf die geradezu unerhörte Häufung der Unfälle im Bergbau hingewiesen worden. Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht hervor, daß namentlich in den schlesischen Bergbaubezirken eine starke Steigerung der Betriebsunfälle in den letzten Jahren eingetreten ist. Im Oberbergamtsbezirk Breslau stieg die Zahl der Unfälle von 12 495 im Jahre 1923 auf 16 904 im Jahre 1924. Bemerkenswert ist, daß in der gleichen Zeit die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter von 104 446 im Jahre 1923 auf 88 543 im Jahre 1924 sank. Auf 1000 Beschäftigte verunglückten 1923 119,30, im Jahre 1924 oder 190,91 Arbeiter. Jeder fünfte Arbeiter verunglückte! Nicht ganz so hoch ist die Ziffer aus dem Oberbergamtsbezirk Bonn. Auch hier stieg die Unfallziffer von 4888 auf 8504, obwohl die Zahl der Beschäftigten von 96 933 auf 72 430 zurückgegangen ist.

Die Antriebserei und nicht minder der Druck auf die Akkordlöhne sind die Hauptursachen dieser Steigerung der Unfälle. Ein großer Teil der Gewerbeberufe stellt dies ausdrücklich fest. Aber auch die Verlängerung der Arbeitszeit trägt ihr Teil dazu bei. Es ist sinnlos, den Arbeitern immer zuzurufen, sie sollen mehr die Unfallverhütungsvorschriften beachten, wenn die Antriebserei ihnen die Zeit dazu nimmt.

Zur Verschmelzung in der Lebensmittelindustrie.

Von den Abstimmungen über die Verschmelzung der Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Fleischer und der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zu einer Einheitsorganisation liegen jetzt auch die Berliner Resultate der Lebensmittelarbeiter und der Fleischer vor. Bei den Fleischern stimmten 1085 Mitglieder für und 29 gegen die Verschmelzung. Die schwache Wahlbeteiligung hat ihren Grund in der überlangen Arbeitszeit im Lebensmittelerwerb, durch die es vielen Angehörigen dieser Berufsgruppe nicht möglich war, zur Abstimmung zu gehen.

Die Lebensmittel- und Getränkearbeiter beteiligten sich mit etwa 75 Proz. der Mitglieder an der Abstimmung. Abgegeben wurden für die Verschmelzung 1899 Stimmen, dagegen 1444. Ungültig waren 168 Stimmen. Das Berliner Abstimmungsergebnis der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter haben wir bereits mitgeteilt.

Wahlen im Bankbeamtenversicherungsverein.

Bei den Vertreterwahlen der Angestellten erzielte der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten 5505 Stimmen von über 33 abgegebenen Stimmen und erhält damit vier von den 30 Sitzen der Angestellten. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt 2193 Stimmen und damit einen Sitz. Die überwiegende Mehrzahl der Stimmen vereinigte der Bankbeamtenverein auf seine Liste und stellt damit 24 Vertreter.

Die Bekleidungsarbeiterjugend.

Das Treffen in Eberswalde.

Am letzten Sonntag hielt der Bekleidungsarbeiterverband in Eberswalde ein Jugendtreffen ab, zu dem sich außer mehreren hundert Jugendlichen aus Berlin, Stettin und verschiedenen anderen Orten, auch viele erwachsene Verbandsmittglieder eingefunden hatten.

Am Vormittag war eine vollbesetzte Kundgebung im Stadttheater. Der Genosse Thierfelder vom Hauptvorstand erörterte hier die Forderungen der Jugend an Unternehmertum und Befehgebung, worauf der Gauleiter, Genosse Lehmann, die Aufgaben, Wege und Ziele der Jugendbewegung im Bekleidungsarbeiterverband bezeichnete. Eine Entschlieung im Sinne der Ausführungen der Redner fand einstimmige Annahme. Hierauf wurde die Bannerweihe der Jugendgruppe Berlin vorgenommen.

Am Nachmittag unternahmen die Teilnehmer an dem Treffen einen Umzug durch die Stadt, dem ein fröhliches Treiben im nahen Walde folgte. Für den Verband und die proletarische Jugendbewegung war dieses Treffen, trotz einiger Störungsoerfuge der Leute von der roten Faust, ein voller Erfolg.

Es ist nicht alles Gold, was glänzen soll. Auch nicht in Sowjetrußland.

Di-Typex meldet aus Moskau: Auf dem Kongreß der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie erklärte der Präsident des Zentralrats der Gewerkschaften Tomski: In einem Staat, an dessen Spitze die Arbeiter stehen, könnten die Arbeitslöhne nur entsprechend der Arbeitsleistung erhöht werden. Das Problem der Steigerung der Arbeitsleistung sei jedoch infolge der technischen Rückständigkeit der russischen Industrie in eine Sackgasse geraten. Die Arbeitererschaft müsse stärker zur aktiven wirtschaftlichen Mitarbeit herangezogen werden.

Das Problem der farbigen Arbeiter.

IB. Auf der diesjährigen Arbeitskonferenz in Genf wurde von dem Vertreter Indiens der Vorschlag eingebracht, daß auch für Indien eine besondere Zweigstelle des Internationalen Arbeitsamtes eingerichtet würde. Ferner wurde vom Verwaltungsrat beschlossen, einen Untersuchungsausschuß über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der farbigen Arbeiter in Amerika und Afrika einzusetzen. Das Internationale Arbeitsamt sammelt über diese in den nichteuropäischen Staaten immer wichtiger werdende Frage eingehendes Material. So ist in der südafrikanischen Union der sehr interessante Versuch unternommen worden, durch ein staatliches Lohngesetz das Verhältnis zwischen der gelehrten Arbeit des weißen Arbeiters und der des farbigen Arbeiters zu regeln. Die Bevölkerung Südafrikas hat nur 21,9 Proz. Europäer, dagegen 67,8 Proz. Schwarze, 7,9 Proz. Farbige und 2,4 Proz. Asiaten. Zwischen den Löhnen der einzelnen Rassen bestehen sehr erhebliche Unterschiede. Ein farbiger Hilfsarbeiter erhält in der Woche 35 Schilling, ein gelehrter Seher erhält dagegen 6 Pfund Sterling 10 Schilling, also 135 Schilling in der Woche. Im Baugewerbe wurden in Kapstadt durch ein Abkommen der Wochenlohn auf fast 6 Pfund Sterling und in Transvaal auf über 7 Pfund Sterling für die 44-Stunden-Woche festgesetzt. Den weißen Arbeitern entsteht dadurch, daß farbige Handwerker oder sonst qualifizierte Arbeiter leisten, eine große Konkurrenz. Es kam sogar soweit, daß die europäischen Bergarbeiter durch den starken Zustrom von Rassen arbeitslos wurden, und die Bergwerkseleitungen auf die Ausschloßung europäischer Arbeiter wegen der hohen Löhne hinzielen.

Durch das neue Lohngesetz sollen zunächst zuverlässige Unterlagen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus den Gewerben gesammelt werden, in denen Europäer und Nichteuropäer miteinander im Wettbewerb stehen. Außerdem sollen die hohen Lohnunterschiede zwischen der gelehrten und ungelerten Arbeit ausgeglichen werden. Es fehlen nämlich völlig mittlere Lohngruppen. Der Unterschied zwischen der Lohnhöhe des gelehrten Arbeiters und ungelerten Arbeiters z. B. in England ist 50 Proz. In Kapstadt jedoch verdient der gelehrte Arbeiter viermal soviel wie der ungelerte. Aus diesem Grunde sind dem europäischen Arbeiter manche Verdienstmöglichkeiten und Berufszweige verschlossen, die ihm in England noch offenstehen würden.

Zus diesem Bericht geht hervor, daß die farbigen Arbeiter geradezu erbärmlich behandelt werden und ihre schlechten Löhne natürlich obendrein ausgespielt werden gegen die Löhne der gelehrten weißen Arbeiter. Bei der „Ausgleichung“ können wohl die ungelerten farbigen Arbeiter ein wenig gewinnen — auf Kosten der gelehrten weißen Arbeiter, die weit mehr dabei verlieren, wenn sie nicht stark genug sind, sich gegen ihre Herabsetzung unter der Flagge einer Hebung der Farbigen zu wehren.

Holzarbeiterverband. Die Vertrauensleute aller Branchen und Bezirke werden ersucht, diese Woche ausnahmsweise die Holzarbeiterzeitung am Freitag, den 18. Juni, von ihren Jahrestellen abzuholen und am Sonabend in den Betrieben zu verbreiten.
Die Ortsverwaltung.

Eine merkwürdige Berichtigung übermittelt uns die Branchenleitung der Zigarettenmaschinenführer. In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 21. April berichteten wir über eine Verammlung der Branche vom 20. April und sagten im Schlußsatz dieses Berichts:

„Die Versammlung wählte nach dem Vorschlag der Vertrauensleute die bisherige Branchenleitung Amsterdamer Richtung wieder.“

In der Branchenversammlung dieser Gruppe vom 27. Mai wurde daraufhin beschlossen, dem „Vorwärts“ folgende „Berichtigung“ zugehen zu lassen:

„Der am Mittwoch, den 21. April, gebrachte Bericht in der Abendausgabe des „Vorwärts“, wonach die Neuwahlen zur Branchenleitung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker unter dem Gesichtspunkt Moskau-Amsterdam vorgenommen wurden, stimmt nicht, sondern die Neuwahlen erfolgten nur nach gewerkschaftlichen Grundsätzen und Befähigung.“

Die Branche hat also nach den Grundsätzen der Amsterdamer Richtung gewählt, doch will ein Teil der Wähler, die durch ihre Zugehörigkeit zum DVB, und damit zum I.D.G.B. auch dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Sitz in Amsterdam angehören, kein ausdrückliches Bekenntnis zur Amsterdamer Richtung abgelegt haben, offenbar deshalb nicht, weil sie sich dadurch in einen Widerspruch zur Moskauer Richtung zu setzen fürchten.

Mit der Berichtigung hoffen wir den Gewissenkonflikt beendet zu haben.

Wirtschaft

Internationales Glühlampenkartell. Ueber das internationale Glühlampenkartell wurde in der Generalversammlung der Julius Pinisch A.-G. folgendes mitgeteilt: Die Gesellschaft ist erst im Juli v. J. in den Weltvertrag eingetreten, dessen Zweck in erster Linie darin besteht, eine möglichst einheitliche Glühlampe auf dem Weltmarkt zu bringen. Zu diesem Zweck wird ein Austausch sämtlicher an dem Weltvertrag beteiligter Gesellschaften für ihre Patente und Erfahrungen vorgenommen. Das hat natürlich zur Folge, daß die beteiligten Unternehmungen Beschränkungen in bezug auf die Mengenerstellung auferlegt werden. Die Befürchtung, daß der Abschluß des Weltkartells zu Preissteigerungen führen werde, habe sich nicht erfüllt, die Preise seien in Deutschland zurückgegangen: die Glühlampen haben zurzeit einen Preis, der 60 Proz. des Vorkriegspreises beträgt. Bei der Pinisch A.-G. hat sich der Eingang von Aufträgen, der schon gegen Ende v. J. sehr unregelmäßig war, nicht wesentlich gebessert. Die Meldungen, daß ein neuer Rußlandsauftrag hereingekommen wäre, seien irrig. Der große Rußlandsauftrag ist bereits im vorigen Jahre abgemittelt worden, welche die Bedingungen bei der Vergabe von Aufträgen an die Gesellschaft festlegen und vor allen Dingen langfristige Kredite voraussehen. Wie uns mitgeteilt wird, hat bisher noch kein großer Abbau von Arbeitern stattgefunden, doch dürfte er erfolgen, wenn der Auftragsgang sich nicht bessert.

15-Millionen-Dollarkredite der Sächsischen Werke, A.-G. Die National City Co. hat laut Konjunktur-Korrespondenz soeben einen Kreditvertrag über 15 Millionen Dollar mit den Sächsischen Werken A.-G. abgeschlossen. Die Anleihe läuft 20 Jahre, wird mit 7 Proz. verzinst und voraussichtlich zu 93 Proz. aufgelöst. Als Zweck wird allgemeine Vermehrung des Betriebskapitals angegeben.

Kartellausbau in der Kunstseidenindustrie. In der deutschen Kunstseidenindustrie macht sich neben der Entwicklung zum Trust neuerdings eine starke Tendenz zur Kartellorganisation der Kartellverbände geltend. Die Industrie hatte immerhin den Vorteil, daß das Geschäft trotz der Krise im allgemeinen noch gut geht. Lediglich in schlechteren Qualitäten stieg der Absatz. Jetzt haben die Kunstseidenfabriken in ihrem Verband bestimmte Normen für die Festlegung der Qualitäten geschaffen, ferner wurden einheitliche Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen beschlossen. Zur Abwehr ausländischer Konkurrenz sollen den deutschen Abnehmer Sondervergütungen beim Bezug deutscher Fabrikate gewährt werden. Dieser letzte Versuch stellt traglos eine bessere Lösung der Konkurrenzkonflikte dar als hohe Schutzzölle, auf denen bisher die deutsche Kunstseidenindustrie mit großem Nachdruck bestanden hat.

Zusammenbruch der Banca Garibaldi. Der Zusammenbruch der Banca Garibaldi, deren Sitz in San Remo ist, beschäftigt die Aufmerksamkeit der politischen und Finanzkreise Italiens. Verschiedene führende Persönlichkeiten des Faschismus sind durch den Zusammenbruch kompromittiert und das ist der Grund, daß die italienische Regierung der Presse verboten hat, irgendwelche Nachrichten zu veröffentlichen. Die Banca Garibaldi ist im Jahre 1889 mit einem Kapital von 500 000 Lire gegründet worden und hat bis zum Jahre 1914 ihr Kapital auf 1,75 Mill. Lire erhöht. Bei diesem verhältnismäßig kleinen Kapital nahm sie von ihrer Landwirtschaft, die in der Hauptsache aus Kleinfeldkulturen und kleinen Ländereien der Riviera bestand, Depositionen in Höhe von mehr als 150 Millionen Lire an und wenige Tage vor dem Zusammenbruch waren noch mehr als 100 Millionen Lire Depositionen vorhanden. Die Bücher, wie auch die ganze Verwaltung des Unternehmens, befinden sich in größter Unordnung. Die Ausgaben des Kartells sind sehr unregelmäßig, denn nach einer vorläufigen Bestandsaufnahme sind die Aktiven auf 60 Millionen und die Passiven auf 140 Millionen zu schätzen.

Der Reingewinn der Ford-Motor-Company. Zum erstenmal werden die Reingewinne des größten Automobilunternehmens der Welt, der Ford Motor Corporation, veröffentlicht. Danach haben die Jahre 1917/24 zusammen einen Reingewinn von rund 526,4 Millionen Dollar ergeben. Das günstigste Geschäftsjahr ist das Jahr 1922 gewesen, in dem die Reingewinne die gewaltige Zahl von rund 115,8 Millionen Dollar erreichten.

Sport.

Samson-Körner—Diener in Treptow.

Einen besonderen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Bogensports wird am Freitag, den 18. Juni, die Austragung zweier deutscher Meisterkämpfe im Ring der Rennbahn Treptow bilden. Franz Diener und Paul Samson-Körner, die Gegner im Kampfe um den Schwergewichtsmittel, werden bereits die nächste Zeit ihr Training beenden, und auch von Meister Harry Stein und Friedrich Schmidt, die sich um die höchste Würde in der Fliegengewichtsklasse bewerben, hört man, daß sie sich in der schärfsten Vorbereitung für den Kampf befinden. Die übrigen beiden Kämpfe des Abends bieten vorzügliche Paarungen. Erich Brandl, der wieder im Vollbesitz seiner Kräfte ist, tritt gegen den bewährten Wlly Antonowitsch an, und Walter Funke, der soeben Roulofs besiegt hat, wird sich gegen den in bester Form befindlichen Seifried messen. Die Direktion der Rennbahn Treptow hat Vorzüge getroffen, daß durch einen verstärkten Betrieb der Straßenbahn- und Autobuslinien am Kampftag der Verkehr sowohl zur Rennbahn als auch nach Beendigung der Veranstaltung nach allen Richtungen der Stadt in tadelloser Weise geregelt wird und irgendwo eine Stauung der Massen stattfindet. Der Beginn des Kampfabends ist für 8 Uhr festgesetzt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gehrmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. S. Böcher; Politik und Konkrete: Erik Karchelt; Nationen: E. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Großer Teppich-Verkauf im Teppich-Groß-Lager am Mittw. 16., Donnerst. 17., Freit. 18. u. Sonnab. 19. Ständiges Lager, ca.

1000 Teppiche

Brücken, Vorlagen, Tisch- u. Diwan-Decken, Läuferstoffe, erstklass. Fabrikate zu billigen Engros-Listenpreisen.

Viele Gelegenheitskäufe darunter große elegante Salon-, Herren- u. Speisezimmer-Exemplare ca. 40% ermäßigt. Nachstehend einige Beispiele der billigen Preise: Inlt.-Beuclé-Teppiche 20x300 23.-, 250x350 39.-, Deutsche Perser-Teppiche 200x300 27.-, 300x400 68.-, Pr. Jaqu. Bouclé 200x300 49.-, 250x350 82.-, 300x400 105.-, Tapestry-Brüssel 600x300 47.-, 250x350 68.-, Axminster Pr. 200x300 72.-, 250x350 98.-, 300x400 121.-, Vorlagen 3,50, 5,50, Große Diwanddecken 9,50, 12.-, 15.-.

Größtes Teppichlager. Seit 30 Jahren in Berlin-Schöneberg, nur Hauptstr. 5. Bitte Hausnummer zu beachten.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 632 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzbur 9821
Anstellungsraum und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenick 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Wohin?
Luftkurort Lenz (Parlo Meckl.)
20 Jahre im Besitz. Direkt an großen Laub- u. Nadelwäldern u. Wasser gelegen. Gute Pension. Prosp. einford.
C. G. G. G.
Lenz b. Malchow i. Meckl. Tel. 48.

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Verlangen Sie
LORENZ-RUNDFUNK-GERÄTE
in den einschlägigen Geschäften